



## ETS praxistauglich ausgestalten und die richtige Lenkungswirkung sichern

Der EU-Emissionshandel (ETS) ist ein zielgerichtetes, kosteneffizientes Klimaschutzinstrument. Eine schrittweise Ausweitung auf die Sektoren mit dem größten verbliebenen Klimaschutzpotenzial – Gebäude und Verkehr – ist richtig. Für Stadtwerke ist eine Unterscheidung zwischen gewerblichen und privaten Akteuren aber kaum umsetzbar, weswegen die Aufnahme zeitgleich erfolgen sollte. Bei der Weitergabe der CO<sub>2</sub>-Kosten ist eine volle Lenkungswirkung zum Verzicht auf fossile Energieträger wichtig. Gerade jetzt kommt es auf Anreize für den Umstieg auf erneuerbare Energien, klimaneutrale Gase und Energieeffizienzmaßnahmen an.

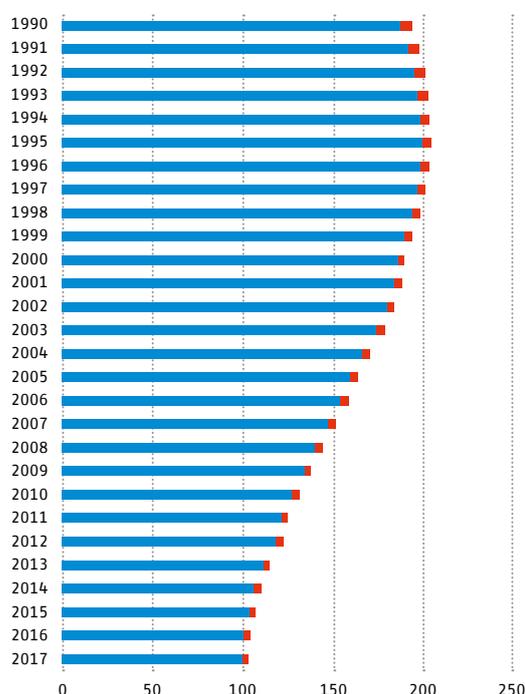
### Deponien einbeziehen, um negative Auswirkungen zu vermeiden

Die Abfallgebühren werden nicht nach dem eigenen Aufkommen kalkuliert. Daher kann eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung der energetischen Abfallverwertung keine Lenkungswirkung zur Abfallreduzierung erzielen. Die Entsorgung von unvermeidbaren Abfällen, wie infektiösem Restmüll oder nicht recycelbaren Sortierresten, sollte als klimaschonende heimische Energiequelle, durch die Rückgewinnung als Strom, Fernwärme und Industrieprozessdampf, genutzt werden. Es müssen zeitgleich die viel klimaschädlicheren Methanemissionen aus Deponien bepreist oder die Deponierung von unbehandelten Siedlungsabfällen vollständig unterbunden werden. Realistischer ist dafür ein Zeitrahmen bis 2028 für die Folgenabschätzung, damit nicht auf diese besonders klimaschädliche Alternative ausgewichen wird.

### Für eine zielgerichtete ETS-Reform sollte:

- Das neue ETS II gleichzeitig für private und gewerbliche Gebäude und Verkehr eingeführt werden.
- Vor dem Einbezug der Siedlungsabfallverbrennung eine gründliche Analyse der abfallwirtschaftlichen Folgen sowie die Gleichbehandlung der Deponierung erfolgen.

### Treibhausgasemissionen der Abfallwirtschaft, EU-28, 1990–2017



Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente

- Abfallbeseitigung, z.B. Deponierung
- Abfallverbrennung

Quelle (auf Basis von):  
EEA, wiederveröffentlicht von Eurostat

© Verband kommunaler  
Unternehmen (VKU)

EU-Emissionshandel



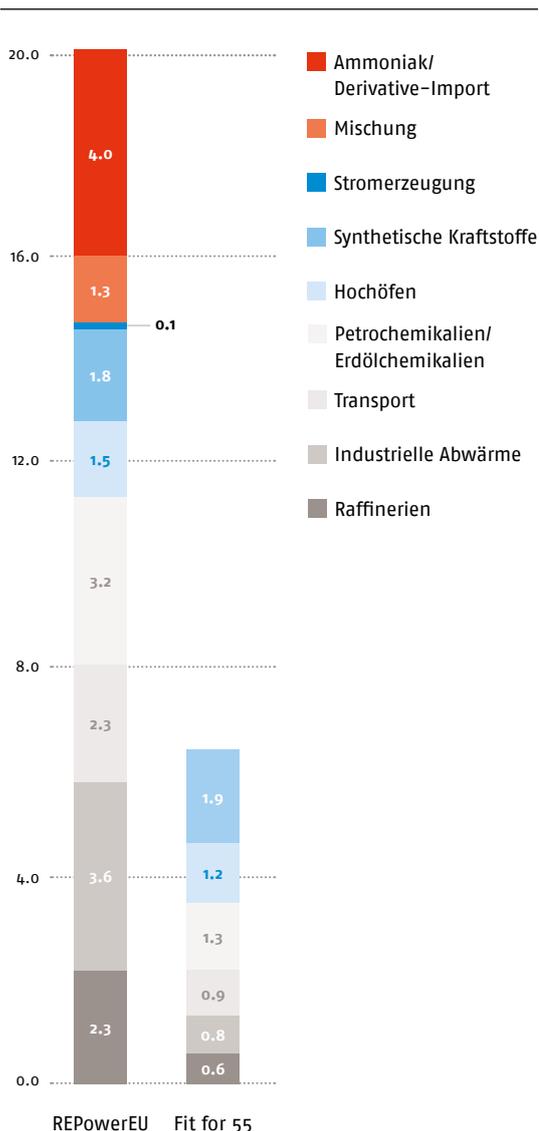
Direkt zur

[VKU-Stellungnahme zum  
Kommissionsvorschlag  
über die Überarbeitung des  
EU-Emissionshandelssystems](#)



## Erneuerbare Energien ausbauen, Wasserstoffhochlauf ermöglichen

### Wasserstoff-Nutzung nach Sektor in 2030



Erneuerbare Energien sind der Schlüssel zur Energieunabhängigkeit sowie Dekarbonisierung der EU. Ihr Ausbau und ihre Nutzung müssen jetzt beschleunigt werden. Der VKU begrüßt daher, dass die EU-Kommission nachträglich die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren in die Überarbeitung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie aufgenommen hat. Schleppende Verfahren sind nach wie vor die größten Hindernisse beim Erneuerbaren-Ausbau. Allein im kommunalwirtschaftlichen Bereich sind über 300 geplante Windenergieanlagen mit insgesamt 1,2 GW bekannt, die in Genehmigungsverfahren feststecken. Hier kann schnell und leicht Abhilfe geschaffen werden.

### Weichen auf Hochlauf der europäischen Wasserstoffwirtschaft stellen

Wasserstoff wird künftig fester Bestandteil des integrierten Energiesystems sein. Ohne die vom Europäischen Parlament unterstützten realistischen Kriterien für die Produktion von grünem Wasserstoff würde sein ambitionierter Hochlauf aber bereits beim Start ausgebremst. Die von der EU-Kommission gesteckten Ziele, bis 2024 eine Million Tonnen und bis 2030 bereits zehn Millionen Tonnen grünen Wasserstoff in der EU zu produzieren, wären ohne realistischere Kriterien nicht erreichbar. Schon lange sind kommunale Unternehmen aller im VKU vertretenen Sparten der Energie-, Wasser-/Abwasser- und Abfallwirtschaft in Wasserstoffprojekten engagiert. Dabei zeigen sie den Nutzen von Wasserstoff bereits bei diversen Anwendungen auf.

**Für den schnellen Erneuerbare-Energien-Ausbau und Wasserstoffhochlauf ist es notwendig:**

- Die Produktion von grünem Wasserstoff zu erleichtern.
- Den Anteil der Erneuerbaren in allen Sektoren anzuheben.
- Den Ausbau der Stromerzeugung aus Erneuerbaren und anderen nachhaltigen und treibhausgasneutralen Energien deutlich zu beschleunigen.





# Effiziente Energienutzung nicht nur fordern, sondern unterstützen

Energieeinsparung nimmt eine wichtige Rolle dabei ein, die Energiekrise abzuschwächen und den CO<sub>2</sub>-Verbrauch zu senken. Die Kommunalwirtschaft setzt sich für einen nachhaltigen und verantwortlichen Umgang mit Energie ein. Öffentliche Einrichtungen bekennen sich zu ihrer Vorbildfunktion. Nur Renovierungsraten anzuheben, ist jedoch zu kurz gegriffen. Der VKU begrüßt entsprechend die Forderungen von Europäischem Parlament und Ministerrat, dass Mitgliedstaaten für Energieeffizienzmaßnahmen öffentlicher Stellen technische und finanzielle Hilfe bereitstellen sollen. Ohne finanzielle Hilfe kann diese Herausforderung nicht gelöst werden. Der VKU begrüßt, dass das Parlament dem Vorschlag des VKU gefolgt ist, bei der Anwendung des „Efficiency-First-Prinzips“ auch den Life-Cycle-Ansatz aufzugreifen. Energieeffizienz zu steigern, ist eine gesamtwirtschaftliche Aufgabe.

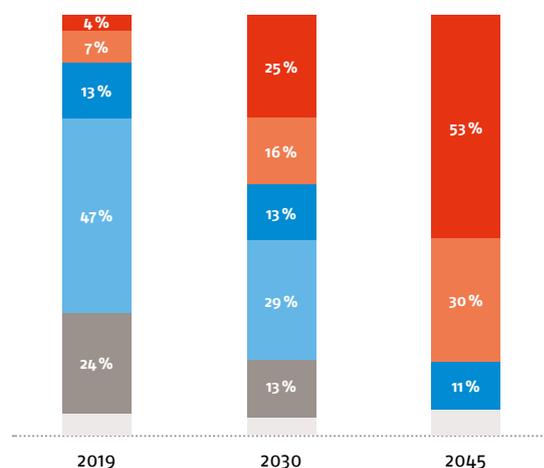
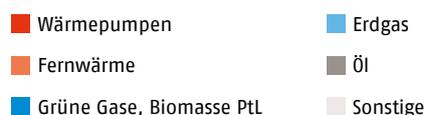
## Hocheffiziente KWK-Anlagen als Teil des klimaneutralen Energiesystems berücksichtigen

KWK-Anlagen sind als Transformationskraftwerke ein wesentlicher Bestandteil der klimaneutralen Fernwärme, die einen zunehmend wichtigen Anteil in der künftigen Wärmeversorgung übernehmen wird, und sichern durch ihre flexible Fahrweise den strom- und wärmeseitigen Ausbau der Erneuerbaren Energien. Mit dem perspektivisch avisierten Atomausstieg sowie der Beendigung der Verstromung von Kohle bedarf es eines enormen Zubaus von H<sub>2</sub>-ready-Gaskapazitäten. Sie gewährleisten die Versorgungssicherheit dann, wenn (fluktuierende) Erneuerbare Energien nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Auch wärmeseitig tragen H<sub>2</sub>-ready-Gas-KWK-Anlagen zu einer klimaneutralen Wärmeversorgung bei, wenn sie mit klimaneutralen Brennstoffen wie z.B. Biomethan oder Wasserstoff betrieben werden. Schlussendlich müssen nun attraktive Investitionsbedingungen geschaffen werden, damit der dringend erforderliche Zubau von H<sub>2</sub>-ready-Gas-KWK-Anlagen erfolgen kann. Der VKU begrüßt, dass Parlament und Rat im ersten Schritt technisch nicht umsetzbaren Hocheffizienzkriterien eine Absage erteilt haben.

In den inter-institutionellen Verhandlungen kommt es darauf an:

- **Die Bereitstellung technischer und finanzieller Hilfe für die Renovierung von öffentlichen Gebäuden sicherzustellen.**
- **Die Berücksichtigung des gesamten Lebenszyklus im Grundsatz „Energieeffizienz an erster Stelle“ beizubehalten.**
- **Die Kriterien für hocheffiziente KWK-Anlagen nicht zu verschärfen und als Teil des zukünftigen Energiesystems zu berücksichtigen.**

## Wärmemix Gebäude – Raumwärme- und Warmwasserverbrauch



Quelle: BDI-BCC-Studie-Klimapfade-2.0.pdf (vbi.de), Seite 11.

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)



Direkt zur

[VKU-Stellungnahme zum Kommissionsvorschlag über die Überarbeitung der Energieeffizienzrichtlinie](#)

**Verband kommunaler Unternehmen e.V.**  
German Association of Local Public Utilities

Büro Brüssel  
9-31 Avenue des Nerviens, 1040 Brüssel  
Fon +32 2 740 16 50  
infobruessel@vku.de  
[www.vku.de/verband/struktur/  
vku-in-bruessel](http://www.vku.de/verband/struktur/vku-in-bruessel)

Direkt zu allen VKU-Stellungnahmen zum „Fit für 55“-Paket:



## Zukunftsfähigkeit kommunaler Ladeinfrastruktur bewahren

Kommunale Unternehmen sind vielerorts Vorreiter des Ladeinfrastrukturausbaus vor Ort und haben früh unternehmerisches Risiko auf sich genommen. Hierfür sollten sie nicht durch aufwändige Nachrüstpflichten im Rahmen einer neuen Verordnung über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe (AFIR) bestraft werden, die insbesondere bei Normalladern unwirtschaftlich wären und somit zu einer Reduktion des Bestands führen würden. Zudem gehen Kartenlesegeräte an der gängigen und akzeptierten Marktpraxis mit mobilen Websites, Apps und QR-Codes vorbei.

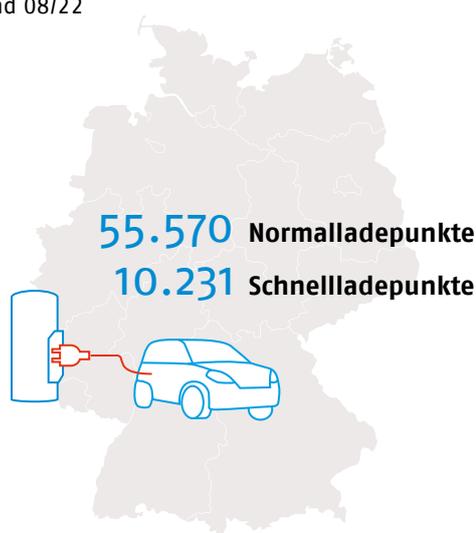
Ebenso muss von vergleichbar widersprüchlichen gesetzlichen Vorgaben, wie der Aus- und Nachrüstung von Schnellladern mit Smart-Charging-Funktionalität, abgesehen werden. Schnelllader sollen den Kunden die zügige Weiterreise ermöglichen, was durch eine mögliche Drosselung der Ladeleistung ad absurdum geführt würde.

**Um eine Reduktion des Bestands an Ladeinfrastruktur zu vermeiden, sollte:**

- **Bestandsschutz gewährt und auf eine Ausrüst- oder Nachrüstpflicht für Kreditkartenlesegeräte bei Normalladern verzichtet werden.**
- **Von einer Nachrüstpflicht für Smart-Charging-Funktionalitäten bei Schnellladern abgesehen werden.**

### Anzahl öffentlich zugänglicher, durch Nachrüstpflichten potenziell betroffener Bestandsanlagen in Deutschland

Stand 08/22



Quelle: Bundesnetzagentur 08/22

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

**Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU)** vertritt über 1.500 Stadtwerke und kommunalwirtschaftliche Unternehmen in den Bereichen Energie, Wasser/Abwasser, Abfallwirtschaft sowie Telekommunikation. Mit rund 283.000 Beschäftigten wurden 2019 Umsatzerlöse von 123 Milliarden Euro erwirtschaftet und mehr als 13 Milliarden Euro investiert. Im Endkundensegment haben die VKU-Mitgliedsunternehmen signifikante Marktanteile in zentralen Ver- und Entsorgungsbereichen: Strom 62 Prozent, Gas 67 Prozent, Trinkwasser 91 Prozent, Wärme 79 Prozent, Abwasser 45 Prozent. Sie entsorgen jeden Tag 31.500 Tonnen Abfall und tragen durch getrennte Sammlung entscheidend dazu bei, dass Deutschland mit 67 Prozent die höchste Recyclingquote in der Europäischen Union hat. Immer mehr Mitgliedsunternehmen engagieren sich im Breitbandausbau: 203 Unternehmen investieren pro Jahr über 700 Millionen Euro. Beim Breitbandausbau setzen 92 Prozent der Unternehmen auf Glasfaser bis mindestens ins Gebäude. Wir halten Deutschland am Laufen – klimaneutral, leistungstark, lebenswert. Unser Beitrag für heute und morgen: #Daseinsvorsorge. Unsere Positionen: 2030plus.vku.de

**Ladeinfrastruktur**

Gestaltung und Realisation: VKU Verlag GmbH | Corporate Media

Direkt zur  
[VKU-Stellungnahme zum Berichtsentwurf des  
Transportausschusses des EU-Parlaments](#)

